

Kurzintervention von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Gute Arbeit in Europa stärken - Den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland am 1. Mai 2011 einführen! - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3212 - b)
Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 für die EU-Beitrittsstaaten - ohne Mindestlöhne droht Lohndumping - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/3226 -
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/3372

Kreszentia Flauger (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Toepffer, Sie haben eben gesagt, Subventionen für Firmen, die sich den Mindestlohn nicht leisten könnten, seien mit Ihnen nicht möglich. Dann müssen Sie mir aber bitte auch einmal erklären, warum für Sie Subventionen für Firmen möglich sind, die Löhne von 2 oder 3 Euro je Stunde zahlen, welche dann über Hartz IV aufgestockt werden. Das ist doch staatlich subventioniertes Lohndumping! Den Widerspruch, dass Sie bereit sind, diese Subventionen zu zahlen, dass Sie aber nicht bereit sind, Subventionen zu zahlen, wenn eine Firma den flächendeckend verankerten Mindestlohn nicht zahlen kann, müssen Sie hier bitte noch auflösen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zur Realität: Die Leiharbeits- und Niedriglohnbedingungen sind für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diejenigen Bedingungen, unter denen sie für eine sehr lange Zeit arbeiten. Wenn Sie sagen, das sei doch nur ein Einstieg, dann liegen Sie damit völlig falsch.

Insofern ist auch Ihre Position falsch, man könne ja mal darüber reden, dass die nach neun Monaten den gleichen Lohn bekommen. Wissen Sie, Leiharbeiterinnen und -arbeiter werden so schnell ausgewechselt, dass viele von ihnen gar nicht so lange in so einer Firma sind. Die hätten von einer solchen Neunmonatsregelung nichts.

Sie kritisieren die Grünen und die SPD für das, was sie getan haben. Diese Kritik halte ich durchaus für berechtigt. Aber es geht nicht, dass Sie hier sagen: „Das waren die - wir haben nichts damit zu tun.“ Sie stehen im Bund und in Niedersachsen in der Verantwortung. Und damit sind Sie verdammt noch mal in der Pflicht, daran etwas zu ändern. Das ist Politik.

(Beifall bei der LINKEN - Oh! und Hey! bei der CDU)